



Niederschrift

über die Sitzung

des Haupt- und Personalausschusses

am 06.05.2026

Anwesend

- Vorsitz

Nino Haase

- Mitglieder

Ulrike Cohnen

Dr. Matthias Dietz-Lenssen

Erik Donner

Thomas Gerster

Susanne Glahn

Kathleen Herr

Dr. Brian Huck

Sylvia Köbler-Gross

Sascha Kolhey

Jonas König

Dr. Claudius Moseler

David Nierhoff

Andreas Michalewicz

Vertretung für Frau Odenweller

Tupac Orellana

Torsten Rohe

Christin Sauer

Claudia Siebner

Vertretung für Herrn Stritter

Armin Kuster

Erwin Stufler

Sissi Westrich

- Schriftführung

Verena Köbel

Entschuldigt fehlen

Anette Odenweller

Stephan Stritter

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Beschluss einer Beherbergungsabgabensatzung
Vorlage: 0676/2026/1
 - 1.1. Änderungsantrag Volt
 - 1.2. Änderungsantrag CDU, Grüne, SPD
 - 1.3. Änderungsantrag FDP

2. Übernahme der Versorgungsangelegenheiten durch die Kommunale Versorgungskasse der Pfälzischen Pensionsanstalt (ppa) in Bad Dürkheim zum 1. Juli 2026
Vorlage: 0602/2026/1

Der Vorsitzende eröffnet um 13.35 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Beratung der beiden Punkte erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und die Abstimmung getrennt.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit die Aufnahme von Änderungsanträgen zu TOP 1 von Volt, FDP und einen gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, GRÜNE und SPD.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

<u>Punkt 1</u>	<u>Beschluss einer Beherbergungsabgabensatzung</u> <u>hier: Haushaltsplan 2026</u> <u>Vorlage: 0676/2026/1</u>
<u>Punkt 1.1</u>	<u>Änderungsantrag Volt</u>
<u>Punkt 1.2</u>	<u>Änderungsantrag CDU, Grüne, SPD</u>
<u>Punkt 1.3</u>	<u>Änderungsantrag FDP</u>

Herr Köbler führt aus, dass die Verwaltung auf Grundlage der Konsolidierungsliste eine Beherbergungssatzung erarbeitet habe. Für das Jahr 2026 seien Mehreinnahmen in Höhe von 2 Mio. Euro vorgesehen. Hierzu seien verschiedene Modelle einer Tourismusabgabe geprüft worden. Maßgebliche Kriterien seien insbesondere eine möglichst unbürokratische Ausgestaltung sowie die rechtssichere Umsetzung gewesen. Unter Berücksichtigung des Beratungsbedarfs im letzten Haupt- und Personalausschuss und Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen sowie nach Gesprächen des Oberbürgermeisters mit der Tourismus-

branche sei die Vorlage überarbeitet worden. Ziel sei es, dass die Betriebe nicht belastet würden und die Beherbergungsabgabe vollständig auf die Gäste umgelegt werden könne.

Daraufhin folgen Redebeiträge und Fragen von Frau Groden-Kranich, Herrn Kolhey, der die Vertagung beantragt, Frau Glahn, Frau Siebner, Herrn Donner, Herrn Malcherek, der die Einzelabstimmung des Punktes 3 des gemeinsamen Änderungsantrages beantragt, Herrn Dr. Moseler, Herrn Dr. Huck wie auch von Herrn Hans und Herrn König. Die gestellten Fragen, werden von Herrn Oberbürgermeister Haase und Herrn Köbler beantwortet.

Sodann erfolgen die Abstimmungen über die Anträge.

Der Antrag auf Vertagung, der in der Beratung vorgebracht wird, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion Volt wird ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Für die Abstimmung des gemeinsamen Änderungsantrages von CDU, GRÜNE und SPD wurde die Einzelabstimmung des Punktes 3 beantragt, worauf alle genannten Änderungspunkte einzeln abgestimmt werden.

Der Satzungsänderung wird mehrheitlich zugestimmt, dem Punkt 1 der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt und den Punkten 2 und 3 wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Daraufhin empfiehlt der Haupt- und Personalausschuss mehrheitlich dem Stadtrat den geänderten Hauptantrag auf Grundlage des Änderungsantrages von CDU, Grünen, SPD mit vier Gegenstimmen und einer Enthaltung:

1. Die Satzung über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe gemäß der Anlage und dem Änderungsantrag von CDU, Grünen, SPD.
2. Die Evaluation der Abgabe nach 3 Jahren.

Punkt 2 **Übernahme der Versorgungsangelegenheiten durch die Kommunale Versorgungskasse der Pfälzischen Pensionsanstalt (ppa) in Bad Dürkheim zum 1. Juli 2026**
Vorlage: 0602/2026/1

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat die Abgabe der Versorgungsangelegenheiten an die Kommunale Versorgungskasse der Pfälzischen Pensionskasse (ppa) als freiwilliges Mitglied zum 1. Juli 2026 zu beschließen.

Der zusätzlich entstehende Aufwand für das Umlageverfahren für 2026 in Höhe von ca. 1.200.000 € wird aus den aktuellen Ansätzen für Versorgungsleistungen gedeckt und ab

dem Jahr 2027 in der Haushaltsanmeldung berücksichtigt.

Grundlage der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.04.2026.

Ende der Sitzung: 14:39 Uhr

gez. Nino Haase

.....

Vorsitz

gez. Verena Köbel

.....

Schriftführung